

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Druckzeit nach dem Auszuge der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einschaltung monatlich 5 M., durch andere Bezugsstellen in der Stadt monatlich 3.50 M., auf dem Lande 5.65 M., durch die Post bezogen einschließlich 12.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postsendungen sowie andere Zusätze und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Verlagspreis 1.50 M. für die 6 gespaltene Korrespondenz oder deren Raum, Restanzen, die 2 spaltige Korrespondenz 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zeichnungen im amtlichen Maßstab (nur von Behörden) die 2 spaltige Korrespondenz 4.50 M. Aufwandslos für 50 Pl. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 240.

Donnerstag den 13. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Freibankfleisch. Donnerstag den 13. d. M. von 9 Uhr Rindfleisch in rohem Zustande, das Pfund 7 Mark. Wilsdruff, am 11. Oktober 1921. Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach den letzten Meldungen aus Genf soll dort die Teilung Oberschlesiens grundsätzlich beschlossen worden sein.
- * Falls sich die Mitteilungen über die Beschlüsse des Völkerbundes bestätigen, rechnet man in Berlin mit einer Regierungskrise.
- * Das Reichskabinett trat nach der Rückkehr des Kanzlers noch in der Nacht zum Dienstag zu einer Beratung der ober-schlesischen Frage zusammen.
- * Der deutsche Botschafter Dr. Stamer ist beauftragt worden die englische Regierung davon zu unterrichten, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des ober-schlesischen Industriegebietes von Deutschland ergeben würden.
- * Die englischen Minister sind entschlossen, sich an den Vorsitz des Völkerbundesrates zu halten, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzführung in Oberschlesien.

Deutschland in Not.

Wie von einem Donner Schlag ist die politische Lage in Deutschland, kaum daß sie nach der Blutat von Griesbach wieder einige Beruhigung gewonnen hatte, abermals bis in ihre tiefsten Tiefen aufgerührt worden. Der Reichskanzler kommt eiligst aus dem deutschen Süden in die Reichshauptstadt zurück und versammelt, kaum in Berlin eingetroffen, seine Ministerkollegen noch in der Nacht zu einer Kabinettsitzung um sich. Nach Mitternacht erst werden die Verhandlungen abgebrochen, um am nächsten Morgen umgekehrt wieder fortgesetzt zu werden. Man bleibt zusammen, bis anderweitige dringende Geschäfte die Herren auseinanderreiben. Aber schon der Nachmittag führt sie zum dritten Male im Reichskanzlerpalais zusammen. Gerüchte, alarmierende Gerüchte durchschwirren die Luft. Bald heißt es, der Außenminister Dr. Rosen sei entschlossen, sein Amt zur Verfügung zu stellen, da er jede Hoffnung aufgeben müsse, bei den Friedensnachrichten aus Genf noch mit irgend welcher Aussicht auf Erfolg die auswärtigen Geschäfte des Reiches weiterzuführen zu können. Und damit nicht genug, wird schon von anderer Seite die Stellung des Gesamtkabinetts als erschüttert bezeichnet. Alle Welt sieht die Mühe zusammen, das Obereinstimmen steht wieder in voller Blüte. Dr. Stresemann hat den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages einberufen — mit Recht, denn der Reichstag selbst ist ja für vier bis fünf Wochen auseinandergegangen. Man will hören, was an zuverlässigen Nachrichten aus Genf, aus Paris, aus London vorliegt, man will insbesondere auch wissen, was die auffällige Reise unseres Londoner Botschafters Stamer nach Berlin und seine überstürzte Rückkehr nach England zu bedeuten haben. Und das bei uns alles nur Nachtseiten und Verächtungen, so glauben freilich die Franzosen schon ungleich bestimmter zu wissen, was in Deutschland kommen wird, wenn Ober-schlesien, wie es beabsichtigt zu sein scheint, zu erheblichen Teilen an Polen geschlagen werden sollte. Sie sehen das Ministerium Wirth bereits durch ein Kabinett der Rechten abgelöst, sehen eine wahrhaftige nationalstaatliche Hege gegen Frankreich losbrechen, sehen natürlich Revandegeranken ersoffen ihr Haupt erheben und daran monarchistische Wiederherstellungspläne sich unwillkürlich anschließen. Sie fabeln davon, daß wir in einer ungerathenen Entscheidung über Oberschlesien den willkommenen Anlaß dazu sehen würden, unsere Reichswehr in Oberschlesien zu „belassen“ — wobei ihnen nur die Kleinigkeit entgangen ist, daß selbstverständlich kein einziger deutscher Reichswehrsoldat in Oberschlesien steht, seitdem die Interalliierte Kommission ihre schwere Hand auf dieses Land gelegt hat.

Man möchte fast meinen, daß den Franzosen eine solche Entwicklung im Grunde gar nicht unangenehm wäre, denn selbstverständlich würden sie um die Antwort darauf nicht einen Augenblick im unklaren sein. Nicht umsonst hat Briand in seiner letzten Sonntagssprache abermals von der französischen Kanonen gesprochen, die im Schutzbereich der Stadt Eisen bereitstehen, nicht umsonst auch von den weitläufigen Voraussetzungen, an die Frankreich seine Zustimmung zu jeder ernstlichen Art Abstraktion knüpfen müsse. Und es kann ja auch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen den Standpunkt einnehmen, wir hätten jedes Anrecht, das uns zugesagt wird, wie eine himmlische Schicksalsfügung hinzunehmen und zu tragen, wenn es nur das Siegel der Entente, des Obersten Rates oder des Völkerbundesrates aufweist. Daß es, wie für jeden einsehen, so auch für ganze Völker Grenzen des Erträglichen gibt, spielt in den Erwägungen unserer Feinde von gestern und heute und wohl auch von morgen keine Rolle. Daß sie selber mitleiden müssen, wenn die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes den schwersten Stoß erhält, der nach allem, was wir schon durchgemacht haben, noch aufbringt

werden kann, das läßt sie wohl bis ins Herz hinein. Denn ihnen stehen, wenn der eine Weg zur Befriedigung ihrer Ansprüche versperrt würde, wie sie glauben, noch genügend andere Wege offen, um sich trotzdem bezahlt zu machen. Sie erleben, wie die österreichischen Stämme, insbesondere die deutschen Tiroler, den letzten Rest von Besonnenheit zu verlieren drohen, wie sich auf den Trümmern des alten Donaufaates neue Katastrophen vorbereiten, weil die „Ordnung“, die die Entente geschaffen hat, ihre Opfer unerschütterlich in Wahnsinn hineinstößt. Das geniert sie aber nicht im mindesten, denn was sind ihnen jetzt noch Tirol oder Steiermark oder Kärnten, nachdem sie die Tschechen und die Südslaven und die Polen und die Italiener groß und groß gemacht haben. Was ist ihnen, im Grunde genommen, jetzt noch das deutsche Volk, nachdem sie es so gründlich entwaffnet, in Ketten gelegt und zur Sklavenarbeit für die Siegervölker gezwungen haben. Herbricht es, zerfällt das Reich — um so rücksichtsloser könnte sie sich auch noch in den Rest der Beute teilen, auf den sie bisher ihre Hand noch nicht gelegt haben. Auf Lösung, Aufrühr, Revolution! Das sind Sorgen, mit denen Herr Dr. Wirth sich herumschlagen mag, und wenn er unterliegt, so mögen die besiegten Deutschen zu sehen, was aus ihnen werden soll. Ehe Polen bei dem Streich um Oberschlesien leer ausgehen soll, lassen sie lieber Deutschland vollends zugrunde gehen.

Herr Dr. Wirth und seine Regierung müssen zusehen, ob sie auch dieser schwersten Heimtuchung noch Herr werden und dem Unwetter trotzen können, das sich über ihrem Haupt zusammenzieht. Alle unterrichteten Stellen und Persönlichkeiten des politischen Berlins sehen die Lage als sehr ernst an und man erkennt trotz des tiefen Schweigens, welches die Regierung, wie immer in solchen Fällen, über ihre Verhandlungen breitet, daß sich schwere Entscheidungen vorbereiten, von denen man vielleicht noch hofft, daß sie dazu beitragen könnten, schlimmste Räte von unserer Vaterlande abzuwenden.

Rücktritt der Reichsregierung?

In der Nachsitzung des Kabinetts ist der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwogen worden, mit der Begründung, daß sich das Programm und die Politik des Kabinetts Wirth nicht weiter durchführen ließe, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden, wohl aus der Erwägung heraus, daß er erst als notwendig und gerechtfertigt sich erweise, wenn die Tatsache eines Verlustes des ober-schlesischen Industriegebietes feststehe.

Eine neue Grenzlinie.

Die Teilung Oberschlesiens beschlossen? Nach privaten Meldungen aus Genf, die noch der amtlichen Bestätigung bedürfen, aber leider sehr viel Wahrscheinlichkeit haben, soll nunmehr die Teilung Oberschlesiens im Prinzip endgültig beschlossen sein. Der Völkerbundrat sei vollkommen unabhängig zu Werke gegangen und habe sein einziges der bisherigen Teilprojekte zur Grundlage seiner Beratungen gemacht. Aus der Kommissionsführung wird eine Teilungslinie hervorgehen, die sowohl für Deutschland wie Polen gegenüber den bisherigen Kompromißlösungen eine Konzeption bedeuten soll. (1) Der Kreis Tarnowitz wird voraussichtlich deutsch bleiben. Politische Gesichtspunkte sollen bei der Entscheidung, so erklärt man, gänzlich ausgeschlossen sein.

Um den Übergang zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen möglich zu machen, werde ein Übergangsregime unter internationaler Verwaltung geschaffen werden, das den Warenverkehr über die neue Grenze und die Valuta-regulierung überwachen soll. Zu diesem Zweck haben die Alliierten in der Botschafterkonferenz entsprechende militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Abstinenzgebiete getroffen. Der Völkerbundrat wird noch die Einzelheiten seines Lösungsvorschlages, der im wesentlichen noch wirtschaftliche Gesichtspunkte umfaßt, festlegen. Dann wird der Entwurf der Botschafterkonferenz übermittelt, an deren Zustimmung nicht gezweifelt wird. Die Botschafterkonferenz wird am Freitag die Entscheidung der deutschen und polnischen Regierung übermitteln und Samstagabend soll in Paris und Genf gleichzeitig die Veröffentlichung erfolgen.

Englische Bedenken.

Der diplomatische Berichtshatter des „Daily Chronicle“ schreibt zu den Meldungen über die geplante Teilung Oberschlesiens: Es dränge kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt nicht als befriedi-

gend angesehen werden könnte. Einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit einer dauernden Stabilität jener schwierigen und gefährlichen Ecke Mitteleuropas nicht vereinbar sein würde. Sollte es die formale Entscheidung des Völkerbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gebunden und könne keine Einwände erheben. Das künftige Ansehen des Völkerbundes als schiedsrichterliche Körperschaft hänge in hohem Maße von der Gültigkeit der Entscheidung ab, die in Fragen dieser Art gefällt werde.

Oberschlesiens Lebensader.

Der Oberweg nach Schweden.

In einer Unterredung mit einem schwedischen Journalisten äußerte sich der preussische Handelsminister Fischer über die Zukunft der zwischen Oberschlesien und Schweden seit altersher bestehenden Handelsverbindungen, für die die bevorstehende Entscheidung in Genf von einschneidender Bedeutung sein wird. Er sagte u. a.:

Die einzig mögliche Wasserstraße für den Kohlenabfuhr und die Erzversorgung Oberschlesiens ist die Oder. Zur Ausnutzung der Oder als Schiffsfahrweg waren weitgehende Regulierungsarbeiten nötig, für welche der preussische Staat und die ober-schlesische Industrie erhebliche finanzielle Opfer gebracht haben. Wichtiges Frachgut auf der Oder sind neben Kohlen die Eisenerze, in der Hauptsache

Schwedische Eisenerze,

welche den relativ größten Teil der in Oberschlesien verarbeiteten Schmelzmaterialien ausmachen. Die beiden Oberhäfen Döbeln und vor allem Gosel, dessen Verladenanlagen erst vor kurzem für einen Tagesumschlag von 20000 Tonnen Kohlen ausgebaut worden sind, vermitteln fast ausschließlich den Schiffsverkehr mit dem Industriegebiet. Beide Häfen werden nach allen bisher bekannt gewordenen Teilungsvorschlägen unberührt bei Deutschland verbleiben. Würde durch eine Teilung Oberschlesiens der Oder eine beträchtliche Menge ihrer Transporte entzogen werden, so müßten ihre weitere Regenerierung, die im Oberlauf noch aussteht, sowie der geplante Ausbau des Kohnitz-Kanals zum Großschiffahrtswege unterbleiben. Die Unterhaltung der Wasserstraßen würde bei einem geringen Verkehr vernachlässigt werden und die Oder sehr reich verfallen, besonders falls Polen den Versuch macht, den hauptsächlichsten Verkehr

auf die Weichsel abzuwenden.

Eine solche Ablenkung erscheint aber zurzeit überhaupt undurchführbar. Es ist ausgeschlossen, daß die Weichsel in absehbarer Zeit so ausgebaut werden kann, daß sie Schiffen von 400 bis 600 Tonnen Tragfähigkeit eine durchgehende Fahrt gestattet. Die Transportkosten auf der Weichsel würden eine Höhe erreichen, die die Benutzung dieses Weges unwirtschaftlich erscheinen lassen würde.

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die bisher zwischen Oberschlesien und Schweden bestanden haben, können deshalb nur aufrecht erhalten werden auf dem Wege über die Oder und nur, wenn der ober-schlesische Industriebezirk ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Jeder, der mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Oberschlesiens vertraut ist, wird annehmen, daß eine andere Lösung dieser Schiffsfrage unzulässig ist.

Politische Rundschau.

Vom früheren deutschen Kronprinzen.

Ein holländischer Journalist hatte auf Bieringen eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, wobei dieser u. a. erklärte: „Ausgeschlossen aus politischen Gründen gedenke ich bis auf weiteres auf Bieringen zu bleiben. Natürlich würde ich lieber auf dem Lande wohnen, aber der Stand der deutschen Valuta und auch die Wohnungsnot halten mich davon zurück. Aus denselben Gründen besuchen mich meine Frau und die Kinder einmal im Jahre. Ich werde so lange in Holland bleiben, bis ich die feste Überzeugung gewonnen habe, daß meine Rückkehr keine schädlichen Folgen in Deutschland haben kann. Bis heute habe ich noch mit niemand gesprochen, der mir hätte sagen können, wann ich als Bürger in meinem Vaterlande leben könnte, um mich der Erziehung meiner Kinder zu widmen.“

Japan

× Japan rüstet weiter. Das Kriegsministerium hat beschlossen, daß ein Heer von mindestens 21 Divisionen, ungefähr 290 000 Mann, für die Zukunft erforderlich sei. Falls aber die Washingtoner Konferenz eine größere Abrüstung aller Landmächte erziele, werde Japan sich anschließen. Der Überdreadnought „Kusufu“, 33 800 Tonnen groß, wird im Dezember fertiggestellt werden. Außerdem werden vier Schlachtschiffe und vier Kreuzer gebaut.

Aus In- und Ausland.

München. Die Verhaftung des feldmäßig verfolgten Arztes Dr. Schiele erfolgte durch bayerische Grenzpolizei, als Schiele versuchte, die Grenze nach Österreich zu überschreiten. Über seinen bisherigen Aufenthaltsort verweigert der Verhaftete jede Auskunft.